



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

†††: Aus Prag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Prag.

Ende März 1867.

Dem letzten böhmischen Landtage war schon in dem Augenblicke, als er zusammentrat, das Urtheil seiner Auflösung gesprochen. Bei der rapiden Schnelligkeit, mit welcher die Metamorphose des belcredischen slawischen in das beußische „deutsche“ Regierungssystem vorgenommen wurde, trat das eigenthümliche Schauspiel zu Tage, daß die Landtagsmajorität, welche die Regierung durch die lebhafteste Agitation zu Stande gebracht hatte, nun gegen die Regierung war und diese daher durch ihre eigenen Werkzeuge bekämpft werden sollte. Ein solches Mißverhältniß zu dulden, war unmöglich, und die Aufforderung an den Landtag, Wahlen in den verfassungsmäßigen Reichsrath vorzunehmen, mußte den Widerspruch der Situation zum Uelat bringen.

Interessant waren die Debatten, welche durch die Regierungsvorlage hervorgerufen wurden. Die hervorragendsten Redner aller Parteien traten zum Kampf in die parlamentarische Arena mit einem Pathos ein, das um so seltsamer wirkte, als der Ausgang Allen von vornherein ganz genau bekannt war. Die Czechen und Feudalen waren vollkommen einig, die Reichsrathswahlen nicht vorzunehmen, und so war die Ablehnung der Regierungsvorlage, welche nur die Deutschen vertheidigten, gesichert; allein es handelte sich den Czechen darum, vor aller Welt ihre Ansichten darzuthun; verkündeten doch die czechischen Organe täglich dem Volke, „ganz Europa“ horche auf die Verhandlungen im böhmischen Landtagsaale. Und um das loyale Gewand, mit dem die Herren von der national-feudalen Coalition zu prunken lieben, nicht mit einem Male ganz abzustreifen, beantragten sie eine „allerunterthänigste Adresse an den Kaiser und König“, worin sie erklärten, nur dann in den Reichsrath zu wählen, wenn ihnen die Gewähr geboten würde, daß dieser nichts beschließen kann, „was die überkommene staatsrechtliche Stellung Böhmens und seine Beziehungen zum Throne und zum Reiche ändern würde“.

Dieser gewundenen Adresse voll bombastischer Phrasen gegenüber beantragte die deutsche Minorität der Abgeordneten, die Wahlen in den Reichsrath vorzunehmen und erklärte, „sie könne die Rückkehr in die verfassungsmäßigen Bahnen, die Aufhebung der Verfassungsfürung, die Beseitigung des außerordentlichen und die Einberufung des verfassungsmäßigen Reichsrathes nur freudig begrüßen“.

Kieger hatte sich zur Aufgabe gestellt, die Staatsrechte Böhmens zu vertheidigen. Er legte das Verhältniß Böhmens zur österreichischen Dynastie als

ein bloßes Vertragsverhältniß dar. Der böhmische Landtag habe dasselbe Recht wie der ungarische, die Steuern zu bewilligen und beim Aussterben der Dynastie sich den Herrscher zu wählen. „Sollen wir,“ ruft Redner mit Emphase, „deshalb unseres Rechtes beraubt werden, weil wir in dem letzten Kriege so treu zu Reich und Dynastie gehalten haben?“ (Großer Beifall von den Galerien.) „Wir wollen nicht von unserem Staatsrechte lassen, wir wollen nicht in diesem Meere von Verwirrung und Unordnung untersinken. Die Legitimität der Dynastie hat mit der Legitimität der Nation dieselbe Wurzel und wenn diese erschüttert wird, so wird jene nicht fest bleiben. Wir hoffen darum, daß unsere Stimme vor dem Monarchen nicht weniger Gewicht haben wird als die eines aus der Fremde gedungenen Dieners.“ (Stürmische Bybornjeruse.)

Graf Clam-Martiniz ritt dasselbe historisch-politische Steckenpferd, sprach mit Entrüstung davon, daß die Deutschen die historische Individualität des Königreiches Böhmen ins Lächerliche zu ziehen bemüht sind und that schließlich betreffs des Reichsrathes den famosen Ausspruch, er unterziehe sich lieber Detroyirungen der Krone als der Detroyirung der Majorität von Volksvertretungen. In gleicher Weise perorirten die übrigen czechischen Redner. Ihnen steht das an; aber mehr als originell war es, den ehemaligen Gesandten Oestreichs am deutschen Bundestage Grafen Friedrich Thun gegen die deutsche Partei das Wort ergreifen zu hören. Seine Rede gab nebenbei bemerkt einen tristen Begriff von der Vertretung Oestreichs durch seine Diplomaten. Graf Friedrich Thun, der k. k. österreichische Votschafter, erklärte sich nämlich selbst als Laie in Rechtsachen, und um dies zu beweisen, entwickelte er seinen nationalen Zwitterstandpunkt in höchst naiver Weise: er verstehe kein Czechisch, sei ein Deutscher, in deutscher Gegend geboren, müsse aber doch gegen die Deutschen sprechen, weil es ihm widerstehe, wenn von Czechen und Deutschen in Böhmen die Rede sei; hier zu Lande gebe es nur Böhmen!

Ich gehe nicht näher auf die vortreffliche Haltung von Herbst und auf Höfler ein, der ihm secundirte. Das sind alles vergangene Dinge. Wir stehen wieder im lebhaftesten Kampfe um die Neuwahlen und ihre Benutzung. Die Czechen waren lange vollständig bereit, den Handschuh von neuem aufzunehmen. „Rüstung zum Feldzuge gegen Beust!“ ist ihre ausgegebene Parole. Die czechischen Blätter fordern ihre Parteigenossen in leidenschaftlicher Weise zur Energie auf und „Schlag mit Schlag abzuwehren“. Herr v. Beust muß sich die bittersten Angriffe gefallen lassen. „Beust“, rufen die Narodny listy, „will ein kühner Schütze sein; das Ziel, das ihm winkt, ist glänzend und im Falle des Nichtgelingens kann er sein Glück wo anders suchen, denn was liegt dem Unbekannten am allgemeinen Schimpf und Spott?“ Der Wahlaufruf, in dem die „Führer der Nation“ zur Wiederwahl der bisherigen czechischen Abgeordneten auffordern, war in so maßlos heftigen Ausdrücken abgefaßt, daß der

Staatsanwalt die Anklage wegen Verbrechen des Hochverraths erheben wollte. Es unterblieb dies jedoch auf ausdrückliche Weisung des Staatsministers, da natürlich ein solcher Proceß, in dem der jüngst in den Freiherrnstand erhobene Palazky, Kieger u. m. a. als Hochverräter angeklagt würden, zu viel Gelat veranlaßt hätte. Die Czechen sind eben ihrer Sache gewiß und der Erfolg der Wahlen in den czechischen Bezirken hat diese Zuversicht zum größten Theil gerechtfertigt. Die Agitation war so trefflich organisiert, daß fast alle czechischen Abgeordneten der Landbezirke wieder gewählt sind.

Den Deutschen zur Ehre muß man aber gestehen, daß sie sich aus ihrer lethargie gleichfalls energisch aufrastten und für die liberale Sache mit einem Muth und einer Ausdauer kämpften, wie dies bisher noch nie der Fall war. Der deutsche Bauer hat bereits ein weit besseres Verständniß für die politischen Verhältnisse unseres Landes erlangt, als man es bei der systematischen Verdummung, in der er so lange gehalten wurde, irgend hätte annehmen dürfen. Der Kirchthumpatriotismus ist zum Schweigen gebracht, die Candidaten, welche das deutsche Centralcomité in Prag vorschlägt, werden auch gewählt ohne Rücksicht, ob sie sich in den betreffenden Orten localer Sympathien erfreuen. Sämmtliche deutsche Abgeordnete wurden wiedergewählt und in mehrern gemischten Bezirken siegten die Deutschen über ihre czechischen Candidaten, wobei es freilich zuweilen so erbittert zuging, daß man den Ausbruch von Thätlichkeiten befürchtete. Selbst in Prag, welches so gern als „rein czechische Stadt“ ausposaunt wird und wo bei den letzten Wahlen mit großer Noth durch die Stimmen der Israeliten zwei deutsche Candidaten durchgebracht wurden, wurden diesmal infolge compacten Zusammengehens der Deutschen und zahlreicher Betheiligung derselben ebenso viel deutsche als czechische Abgeordnete (fünf an der Zahl) gewählt — ein Erfolg, der wegen seines moralischen Einflusses nicht hoch genug geschätzt werden kann. Unter den neu gewählten Abgeordneten der deutschen Bezirke befindet sich der frühere Präsident des Reichsrathes Herr Hofrath v. Hasner, sowie auch der Staatsminister Herr v. Beust.

Doch die Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen böhmischen Landtages ruht bei den Wählern aus der Gruppe des Großgrundbesizes und hier war auch der Kampf am erbittertsten. Fürst Karlos Auersperg ließ sich diesmal endlich bewegen, die Organisation der Verfassungspartei unter dem Adel zu übernehmen und der feudal-klerikal-nationalen Coalition entgegenzutreten. Ein hartes Stück Arbeit fürwahr, dessen Schwierigkeiten kein mit unsern Verhältnissen Vertrauter verkennet. Die hohen Adelligen, welche von den Czechen ins Schlepptau genommen waren, konnten, ohne ihrer Cavalierehre zu vergeben, doch nicht im Zeitraume von vierzehn Tagen einen solchen Gesinnungswechsel bekunden, daß sie aus dem czechischen direct ins deutsche Lager hinüberliefen, ganz abgesehen davon, daß die Czechen jedem, der nicht dazu verhilft,

die frühere Landtagsmehrheit zu erzielen, als „Landesverräter“ drohten, „er habe von der Nation nur Schande und Schmach, Fluch und Abscheu zu erwarten“. Der hohe Klerus, den Fürsterzbischof Schwarzenberg an der Spitze, agitirte in der lebhaftesten Weise für die nationale Partei. Die Geistlichkeit fürchtet die Regungen des hussitischen Geistes im czechischen Volke und glaubt das Interesse der katholischen Kirche am besten durch Concessionen an die Nationalen zu wahren: „Mit uns ist Gott! Wir werden siegen!“ rief ein hoher geistlicher Würdenträger aus, indem er die Häupter der böhmischen Aristokratie aufforderte, gegen die Deutschen und die Regierung zu stimmen. Die Ankunft des Erzherzogs Ludwig Karl, des ältesten Bruders des Kaisers, in Prag, hatte den Zweck, die Adelligen und Geistlichen über die der deutschen verfassungsfreundlichen Partei günstigen Intentionen der höchsten Regierungskreise aufzuklären; allein die Herren Graf Clam-Martinič, Thun und Genossen erklärten trotzdem „in Seiner Majestät getreuester Opposition“ zu verbleiben, und die Geistlichkeit betrachtete es als ein höchst wichtiges Moment, die Unabhängigkeit der Kirche von der weltlichen Regierung auf das deutlichste darzulegen. Der bürgerliche Großgrundbesitz aber raffte alle seine Kräfte zur Unterstützung der Partei des Fürsten Auersperg zusammen, mit der eine Verständigung auf dem Boden der Verfassung möglich ist, ohne daß eine unnatürliche Allianz wie zwischen den czechischen Demokraten und den feudalen Rittern nöthig wäre. Dem energischen Auftreten der deutschen Partei des Adels gelang es auch, mit einer Majorität von 29 Stimmen den Sieg zu erringen, dessen Bedeutung eine ganz wesentliche ist. Hierdurch ist nämlich die Neugestaltung des Landtages im deutschen, verfassungsfreundlichen Sinne entschieden. Die Czechen verfügen jetzt nur über ein Dritteltheil der Stimmen der Landtagsabgeordneten. Da sich unsere czechischen Heißsporne durchaus nicht gewöhnen können, sich einer parlamentarischen Majorität zu fügen, so wird es natürlich noch zu sehr erregten Auftritten kommen und mit nicht geringer Spannung sieht man darum der Eröffnung des neuen Landtages entgegen. Die Führer der feudalen Partei, die Herren Graf Clam-Martinič, Leo Thun, Fürst Lobkowitz u. m. a. müssen nun darauf verzichten, den böhmischen Landtag zum Zeugen ihrer politisch-historischen Evolutionen zu machen und der Schmerz, daß sie nun für sechs Jahre (die Dauer der Periode, für welche die jetzigen Landtagswahlen gelten) politisch mundtot gemacht sind, ist kein geringer. Man sagt, etliche czechische Abgeordnete wollten zu Gunsten dieser hohen Allirten auf ihre Mandate Verzicht leisten.

† † †